

Hinweis:

**Bitte dieses Formular im Originalformat (\*.xlsx) speichern, umbenennen und übersenden.**

**GBK**

**Aktenzeichen: GBK-24-02-1#3 und GBK-24-02-2#3**

**Formblatt für die Übermittlung von Stellungnahmen**

**Unternehmen / Verband / Behörde / Sonstige: (Pflichtfeld)**

TraveNetz GmbH Lübeck

**Marktrolle:**

VNB

**Kontaktdaten\*:**

**Nachname:**

**Vorname:**

**Kürzel:**

**E-Mail:**

**Telefon:**

\* Kontaktdaten werden bei Veröffentlichung der Konsultationsbeiträge **nicht** mitveröffentlicht.  
Sie dienen ausschließlich eventueller Rückfragen durch die Große Beschlusskammer.

**Weiter auf dem nächsten Tabellenblatt >>**



5	4.4.2. Übergangsregelung	I	<p>Wir begrüßen die Absicht der BNetzA, im Falle der Einführung eines reinen Realkapitalerhaltungssystems zur kalkulatorischen Bewertung des Sachanlagevermögens einen Kompensationsmechanismus einzuführen. Insoweit teilen wir Ihre Einschätzung, dass Vermögensnachteile – die sich aus dem Wegfall der fortlaufenden Tagesneuwertindizierung bei den kalkulatorischen Abschreibungen und der Verzinsungsbasis ergeben – angemessen auszugleichen sind.</p> <p>Hinsichtlich der von der BNetzA als vorzugswürdig erachteten Übergangsregelung, die eine Neubewertung der Altanlagen „mit dem bislang angewendeten netzbetreiberspezifischen Eigenkapitalanteil - maximal in Höhe von 40 % - auf Tagesneuwertbasis“ vorsieht, möchten wir folgendes anmerken:</p> <p>Der derzeit von Ihnen vorgesehene „Maximalansatz“ hätte zur Folge, dass die kalkulatorische Eigenkapitalquote netzbetreiberindividuell anhand von vergleichbaren Regelungen zu § 7 Strom-/GasNEV zur Bestimmung des TNW-Anteils nochmals einmalig zu ermitteln wäre. Unser Unternehmen müsste folglich für die kommenden Basisjahre nochmals in umfassender Form die Bilanzposten mit verzinslichem Fremdkapital, Abzugskapital, Umlaufvermögen und ggf. Kapitalausgleichsposten darlegen. Dies müsste wiederum durch die Regulierungsbehörden überprüft werden und liefe dem von Ihrer Behörde mit der Einführung eines WACC-Ansatzes verfolgten Ziel, eine „höhere Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen“ sowie „unnötigen Verwaltungsaufwand“ zu vermeiden (vgl. Eckpunktepapier, S. 16) offensichtlich zuwider. Insoweit wäre die von Ihrer Behörde angestrebte Vereinfachung erst für die nachfolgenden Basisjahre umsetzbar. Wir regen daher an, für die Übergangsregelung anstelle eines „Maximalansatzes“ eine pauschale EK-Quote i.H.v. 40 % festzulegen.</p> <p>Sollte kein pauschaler Ansatz zum Tragen kommen, würde nicht nur ein erheblicher zeitlicher Aufwand auf Seiten der Netzbetreiber und Regulierungsbehörden entstehen. Vielmehr ist darüber hinaus festzuhalten, dass im Falle der konkreten, individuellen Ermittlung der Eigenkapitalquote dem kommenden Basisjahr sogar eine herausragende Bedeutung zukäme, die einem sachgerechten Ausgleich entgegenstehen würde. So würde die Quote der Basisjahre 2025/6 für die Umstellung maßgeblich und damit den TNW-Anteil als €-Betrag in allen nachfolgenden Berechnungen der Restwerte und Abschreibungen der jeweiligen anlagengruppenspezifischen Jahresscheiben die modifizierten AHK fixieren.</p> <p>Um zu einer sachgerechten Quote zu gelangen wäre zu bedenken, eine vergangenheitsorientierte Betrachtung von früheren Eigenkapitalquoten aus den vorherigen Kostenprüfungen mit einzubeziehen. Anderenfalls würden Unternehmen ggf. aufgrund einer lediglich im Basisjahr 2025/6 einmalig schlechteren Eigenkapitalquote im kommenden Basisjahr für alle noch betroffenen zukünftigen Regulierungsperioden Nachteile entstehen. Dies gilt es mit Blick auf den Umstand, dass Besonderheiten des Basisjahres bei der Ermittlung des Basisjahres auch zukünftig unberücksichtigt bleiben sollen (vgl. so ausdrücklich im Eckpunktepapier, S. 7), zu vermeiden.</p> <p>Die einfachste und damit effizienteste Lösung für die Ermittlung einer sachgerechten Größe wäre eine Festschreibung der Eigenkapitalquote auf den zulässigen Ansatz von pauschal 40 %. Diese Vorgehensweise würde sowohl den Verwaltungsaufwand für eine erneute Bestimmung der tatsächlichen Eigenkapitalquote vermeiden und auch dann zu sachgerechten Ergebnissen führen, wenn die</p>	
6	4.5.1. Neue Anlagengruppen (Strom)	I	<p>Die von der BNetzA beabsichtigte Streichung nicht mehr benötigter Anlagengruppen verstehen wir unter Beachtung des Grundsatzes der Stetigkeit und des Hinweises im Eckpunktepapier, dass Änderungen „für neue Anlagen (...) zur Anwendung kommen“ nicht als Regelung zur Umgruppierung von bestehenden Anlagen die bis Inkrafttreten der StromNEF und GasNEF bereits gruppiert sind. Sofern dem entgegen auch die Bestandsanlagen von der Änderung der Anlagengruppen umfasst sein sollen, bitten wir um einen klarstellenden Hinweis sowie Erwägungen, wie eine Umgruppierung bestehender Anlagen nach dem Wegfall von Anlagengruppen ausgestaltet werden soll.</p> <p>Im Übrigen begrüßen wir die beabsichtigte Abbildung der Notstromaggregate durch eine gesonderte Anlagengruppe.</p>	
7	4.5.2. Nutzungsdauern (Strom)	I	<p>Während die kalkulatorischen Nutzungsdauern nach der derzeit konsultierten Festlegung KANU 2.0 richtigerweise flexibilisiert werden sollen und die Netzbetreiber damit unternehmens-, bedarfs- und anlagenindividuell die Nutzungsdauern bestimmen können, soll die im bisherigen Rahmen bestehende unternehmerische Freiheit bei der Bestimmung der kalkulatorischen Nutzungsdauern im Strombereich abgeschafft werden.</p> <p>Eine tragfähige Begründung hierfür ist bisher nicht ersichtlich. So mag eine deutliche Mehrheit von Netzbetreibern derzeit den unteren Rand dieser Nutzungsdauern heranziehen; mit Blick auf die Vergleichmäßigung und zeitliche Verteilung der Kosten aus dem Um- und Ausbau der Elektrizitätsverteilernetze bleiben jedoch auch weiterhin längere Nutzungsdauern im höchsten Maße sinnvoll. Netzbetreiber, die bisher von abweichenden Nutzungsdauern Gebrauch gemacht haben, müssten gegen das Prinzip der Stetigkeit einen Wechsel der Nutzungsdauer vornehmen. Hierzu bedarf es sachgerechter Gründe; allein der Hinweis auf die regulatorische Vorgehensweise bei anderen Unternehmen dürfte insoweit nicht ausreichend sein. Gleiches gilt für den insoweit vorgenommenen Eingriff in die unternehmerische Freiheit; hierfür bedarf es sachgerechter Gründe, die jedenfalls bisher nicht angeführt wurden.</p> <p>Ihr Vorbringen ist derzeit noch widersprüchlich: Einerseits wollen Sie die Flexibilität innerhalb der Spannen von Nutzungsdauern abschaffen; andererseits erwägen Sie die Absenkung des unteren Randes der</p>	
8	4.6.4. Umlaufvermögen	I	<p>Die von der BNetzA beabsichtigte pauschale Anerkennung des betriebsnotwendigen Vermögens lediglich i.H.v. 1/24 des geprüften Ausgangsniveaus des jeweiligen Basisjahres begegnet nach unserer Auffassung unter verschiedenen Gesichtspunkten erheblichen Bedenken.</p> <p>So führen Sie in dem Eckpunktepapier (dort S. 15) aus, es bestünden keine tatsächlichen Anhaltspunkte für die Erforderlichkeit einer Quote, die 1/24 der Netzkosten übersteigt. Dieser Annahme ist ausdrücklich zu widersprechen.</p> <p>Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Abrechnung von Netzentgelten um ein nachschüssiges Abrechnungssystem handelt: Ein Netzbetreiber hat zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung seine „Durchleitungsleistung“ gegenüber dem Netzkunden bereits vollständig erbracht, d.h. er ist hinsichtlich seiner Leistung in Vorleistung getreten. Dadurch verlängert sich der übliche zweiwöchige Vorfinanzierungszeitraum (1/24) auf insgesamt sechs Wochen (3/24).</p> <p>Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass sämtliche Forderungen des Netzbetreibers in Liquidität umgewandelt werden, da dieser seinerseits monatlich hinreichend Liquidität vorhalten muss, um laufende Rechnungen begleichen bzw. Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (z.B. aus Rechnungen für das vorgelagerte Netz, Pacht- und Dienstleistungsabschlägen sowie Lohnabrechnungen).</p> <p>Vor diesem Hintergrund müsste der Ansatz einer Quote i.H.v. 3/24; mindestens jedoch i.H.v. 1/12, erfolgen. Lediglich eine solche Betrachtung würde dem Umstand gerecht, dass die Kosten des Netzbetreibers laufend monatlich anfallen, die Abrechnung der Netzentgelte allerdings nachschüssig erfolgt.</p> <p>An dieser Stelle sei zudem darauf hingewiesen, dass die Darstellungen zum Umlaufvermögen in Bezug auf das auf Seite 16 ff. des Eckpunktepapiers erläuterte WACC-Konzept Ihrer Behörde unklar bleiben. Nach unserer Auffassung ist in einem WACC-Ansatz zwingend das (ggf. pauschal anzusetzende) Nettoumlaufvermögen bzw. Net Working Capital in der regulierten Verzinsungsbasis zu berücksichtigen. Ein entsprechendes Verständnis hat die BNetzA nach unserer Wahrnehmung auch in dem Expertenaustausch zum WACC am 08.07.2024 zum Ausdruck gebracht. Sollte der im Eckpunktepapier diskutierte, pauschale Ansatz des „Umlaufvermögens“ entgegen den Aussagen der BNetzA im Expertenaustausch am 08.07.2024 nicht dem Nettoumlaufvermögen entsprechen, würde sich die pauschale Anerkennung des betriebsnotwendigen Vermögens i.H.v. 1/24 des geprüften Ausgangsniveaus sogar als deutlich zu niedrig erweisen.</p> <p>Als gleichermaßen kritikwürdig erweist sich zudem das Vorhaben der BNetzA, als Bemessungsgrundlage für die pauschale Ermittlung des Umlaufvermögens auf das geprüfte Ausgangsniveau des jeweiligen Basisjahres (bzw. die genehmigten Netzkosten) abzustellen. So ist zu konstatieren, dass die (Gesamt-)Netzkosten einen Nettobetrag ohne Umsatzsteuer und Umlagen darstellen; bei der Abrechnung der Netzentgelte fallen jedoch zweifelsfrei auch Umlagen sowie die Umsatzsteuer i.H.v. 19 % an. Diese Forderungen aus Netzentgelten – einschließlich Umlagen und Steuern – werden entsprechend in der Bilanz ausgewiesen, sind im Unternehmen kurzfristig in Liquidität umzuwandeln, um wiederum laufende Rechnungen begleichen bzw. Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Folgerichtig ist für ein pauschal</p>	

9	4.7.2. Abzug von Zuschüssen	!	<p>Soweit die BNetzA weiterhin beabsichtigt, die regulierte Verzinsungsbasis (RVB) aus dem betriebsnotwendigen Vermögen abzüglich der Bestände an Baukosten- und Investitionszuschüssen sowie Netzanschlusskostenbeiträgen (nachfolgend auch: Zuschüsse) zu ermitteln, weisen wir mit Nachdruck darauf hin, dass dies bei Anwendung eines einheitlichen WACC zu einer aus Sicht unseres Unternehmens ungerechtfertigten Benachteiligung der Netzbetreiber führt. Nur bei einer angemessenen individuellen Ermittlung des WACC mit einer konsequenten Verarbeitung der Zuschüsse als Fremdkapital – wie im bisherigen System auch – könnte ein zutreffendes Ergebnis erreicht werden. Dies wäre aber hinsichtlich der Ermittlung des WACC mit weiterer Komplexität verbunden.</p> <p>Die Zuordnung als Fremdkapital ist wie folgt zu begründen:</p> <p>Aus den Zuschüssen gegenüber den Netznutzern erwächst eine Verpflichtung des Netzbetreibers, die wirtschaftlich über den 20-jährigen Auflösungszeitraum an diesen wirtschaftlich über die Kostenminderung „zurückzahlen“ ist. Diese Verpflichtung ist daher wie eine Schuld zu bewerten und somit wirtschaftlich als Fremdkapital zu behandeln. In der Risikostruktur wird der Netzbetreiber von dieser Verpflichtung auch dann nicht frei, wenn seine Mittel aufgebraucht wären, sodass die Zuschüsse gerade nicht als wirtschaftliches Eigenkapital angesehen werden können. Selbst im Falle einer Insolvenz würde ein zukünftiger Netzbetreiber aufgrund der regulatorischen Vorgaben weiterhin die Rückzahlung der in der Vergangenheit bezahlten Zuschüsse an die Kunden durch Verminderung der Netzentgelte leisten müssen. Es ist daher eine Verbindlichkeit, die selbst im Insolvenzfall bestehen bleibt. Daher können diese Zuschüsse wirtschaftlich nicht als Eigenkapital gewertet werden.</p> <p>Bisher wurde in der Entgeltregulierung auch konsequent umgesetzt, dass die Zuschüsse Fremdkapitalcharakter haben. Dies zeigt sich einerseits bei der bisherigen Ableitung des betriebsnotwendigen Eigenkapitals als Verzinsungsbasis, bei der die Zuschüsse als Abzugskapital behandelt wurden. Andererseits wurde auch bei der Ermittlung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes – insoweit zutreffend – unterstellt, dass nur das „echte“ Eigenkapital mit dem dafür angemessenen Zinssatz abgegolten wurde. Insoweit wäre hier eine geänderte Zuordnung ohne entsprechende Berücksichtigung mit dem WACC-Ansatz nicht zu vertreten.</p> <p>Ohne eine derartige Berücksichtigung entstände im Falle des Vorab-Abzugs der Zuschüsse eine Inkonsistenz zur Ableitung der kalkulatorischen Eigenkapitalzinssätze nach dem CAPM. In absoluten Beträgen reduziert sich durch diese Vorgehensweise das bisher auf 40 % des betriebsnotwendigen Vermögens gedeckelte Eigenkapital. Dadurch wird Netzbetreibern bei gleichen Rahmenbedingungen weniger Eigenkapitalverzinsung als nach den bisherigen Regelungen zugestanden. Dies gilt auch nach Berücksichtigung des gegenläufigen Effekts bei den Fremdkapitalzinsen/überschießenden Eigenkapitalzinsen, da der Eigenkapitalzinssatz über dem Fremdkapitalzinssatz liegt. Auch eine Verschiebung der Quoten zugunsten einer höher Eigenkapitalquote würde nur auf den ersten Blick zu einem Ausgleich des Nachteils führen. Bei genauerer Betrachtung würde die Diskussion nur in die Ermittlung des Zinssatzes verlagert. Bei einer Ableitung des Eigenkapitalzinssatzes für den WACC, würde bei konsistenter Vorgehensweise die erhöhte Eigenkapitalquote sich mindernd auf den Eigenkapitalzinssatz auswirken und damit den Ausgleich des Nachteils wieder kompensieren. Nur wenn für die Ermittlung des Eigenkapitalzinssatzes die bisherigen Quoten angewendet würden, käme es zu einem Ausgleich, der aber pauschal für die Unternehmen wirkt und die tatsächlich sehr unterschiedliche Höhe der bestehenden Finanzierung über Zuschüsse nicht angemessen umsetzen könnte.</p>	
10	4.8. Gewerbesteuer	!	<p>Das Festhalten an dem Vorschlag, auf die konkret vom Unternehmen gezahlte Gewerbesteuer abzustellen, ist nach wie vor nicht nachzuvollziehen. Hiermit würden mutmaßlich alle anderen Bemühungen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, mehr als aufgezehrt. Wir müssen leider anhand der nunmehr erfolgten Äußerungen im Eckpunktepapier (dort S. 19 ff.) davon ausgehen, dass in Ihrem Hause noch die Kenntnis darüber fehlt, welche unternehmerischen Veränderungen und jährliche Nachweisverfahren erforderlich wären, um die – sich jährlich sehr volatil verhaltene – tatsächlich vom (Gesamt-)Unternehmen gezahlte Gewerbesteuer auf den Tätigkeitsbereich Verteilernetz zuzuordnen.</p> <p>Systematisch ist zunächst festzuhalten, dass auf den zugestandenen Gewinn in einer Regulierung und somit auf die theoretisch anfallende Eigenkapitalverzinsung auch Unternehmenssteuern und hier insbesondere auch die Gewerbesteuer hinzuzurechnen sind. Dies ist erforderlich, weil die Eigenkapitalverzinsung für den Eigenkapitalgeber im Ergebnis eine angemessene Rendite nach Steuern darstellen soll.</p> <p>Tatsächlich bestehen vielfältige Gründe, warum die jährlich zu zahlende Gewerbesteuer gegenüber der kalkulatorisch ermittelten Gewerbesteuer abweicht. Dies gilt selbst dann, wenn es sich bei dem Unternehmen um einen reinen Strom- oder Gasnetzbetreiber handelt. In diesem Falle wird das Ergebnis als Grundlage für die zu zahlende Gewerbesteuer von zahlreichen Faktoren beeinflusst, die ihrerseits aber regulatorisch nicht zu berücksichtigen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abweichung zwischen der kalkulatorischen und steuerlichen Nutzungsdauer sowie Abschreibungsmethoden und die sich daraus ergebenden Differenzen bei der Abschreibung</li> <li>- Auswirkung vom Erreichen der Effizienzvorgaben</li> <li>- Unterdeckung von Kosten – insbesondere im OPEX-Bereich.</li> </ul> <p>Allein diese Auswahl an bestehenden Gründen, aus denen die tatsächliche Gewerbesteuer auch bei einem reinen Strom- oder Gasnetzbetreiber vom Wert der kalkulatorischen Größe abweichen kann, offenbart, dass es sich hierbei um Effekte handelt, die nicht zusätzlich Auswirkungen auf die Ermittlung der Netzkosten und damit indirekt auf die zugestandene Eigenkapitalverzinsung haben dürfen. Ansonsten würde gegen zentrale, immer noch auf der gesetzlichen Ebene des EnWG verankerte Vorgaben verstoßen.</p> <p>Eine – in der Umsetzung mögliche, aber sehr aufwändige – Bereinigung dieser Effekte würde im Ergebnis wieder zur kalkulatorischen Gewerbesteuer führen.</p> <p>Zudem sollte bezogen auf ein neues Konzept mit tatsächlich gezahlten Gewerbesteuern die Ursächlichkeit der Steuerreduzierung aus steuerlichen Verlustbetrieben reflektiert werden. Regulierung soll den – wegen des natürlichen Monopols – nicht vorhandenen Wettbewerb zwischen den Infrastrukturbetreibern simulieren. Es käme nunmehr zu einer systematischen Verzerrung zwischen Netzbetreibern mit und ohne Verlustbereiche im Gesamtunternehmen.</p>	
11	4.9. Kostenmindernde Erlöse und Erträge	!	<p>Ergänzend zu den Ausführungen wäre unseres Erachtens bei den kostenmindernden Erlösen und Erträgen zu berücksichtigen, dass direkt mit Anlagevermögen in Zusammenhang stehende Erträge, die nach dem WACC-Ansatz nicht in der Verzinsungsbasis enthalten sind (insbesondere etwa Finanzanlagevermögen), nicht kostenmindernd im Ausgangsniveau zu erfassen sind. Als solche kommen insb. Beteiligungserträge, aber auch Zinserträge für Ausleihungen o.ä. in Betracht.</p>	

Zelle: C4  
Kommentar: (!) Fehlende Angabe (rot)  
(-) Korrekt (grün)